

AKTUELL

SVP-KANTONALPARTEITAG

Donnerstag, 1. November 2018
20.00 Uhr

Küttigen

Turnhalle Schulhaus Dorf (bei Bushaltestelle Kreuz)

**Parolenfassungen zu
den Abstimmungen
vom 25. Nov. 2018**

1. Begrüssung

2. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 25. November

Eidg. Vorlagen:

- 1: **Hornkuh-Initiative:** GR Alois Huber
- 2: **Selbstbestimmungsinitiative:** NR Andreas Glarner
- 3: **Sozialversicherungsrecht:** GR Clemens Hochreuter

Kant. Vorlagen:

- 5: **Ständeratswahlrecht:** GR Christoph Riner

4: **Waldinitiative:**

Pro: GR Vreni Friker; Contra: «In Anfrage»

3. Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Der Präsident hat das Wort <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg</i>	3
SVP-Kantonalparteitag	5
Nein zur Hornkuh-Initiative <i>von Alois Huber, Grossrat, Wildegg</i>	7
Schweizer Recht statt fremde Richter – JA zur Selbstbestimmungsinitiative	9
Ja zur Missbrauchsbekämpfung – damit dem Mittelstand mehr zum Leben bleibt <i>von Clemens Hochreuter, Grossrat und Vizepräsident SVP Aargau, Erlinsbach</i>	11
Nein zur teuren Wald-Initiative <i>von Jeanine Glarner, Grossrätin und Gemeinderätin FDP, Wildegg</i>	13
Unser Wald braucht Unterstützung <i>von Vreni Friker-Kaspar, Grossrätin, Präsidentin WaldAargau, Oberentfelden</i>	15
Nein zur Verfassungsänderung des Kantons Aargau – Ständeratswahlrecht für Auslandschweizerinnen und Ausland- schweizer <i>von Christoph Riner, Grossrat und Bezirksparteipräsident, Zeihen</i>	19
SVP Frauen Anlass mit dem Thema Islamisierung war ein voller Erfolg <i>von Stefanie Heimgartner, Grossrätin, Präsident SVP Frauen Aargau, Baden</i>	21
«Autos – mehr als nur altes Blech» <i>von Milly Stöckli, Grossrätin, Presseverantwortliche «Bürgerliche 100», Muri</i>	29
Was Wann Wo	31

Mitteilungsblatt der SVP Aargau

Auflage: 10'500 Exemplare

Parteisekretariat und Redaktion des SVP Aktuell SVP Aargau

Pascal Furer (Fu)
Parteisekretär
Gässli 4
5603 Staufen
Tel. 062 823 73 70
Fax 062 823 73 71
E-Mail: info@svp-ag.ch
Internet: www.svp-ag.ch
PC-Konto: 50-1650-3

Parteipräsident:

Thomas Burgherr
Sonnenrain 104
5058 Wiliberg
Tel. G. 062 758 12 09
E-Mail: praesident@svp-ag.ch

Inserate:

SVP Aargau
Parteisekretariat

Layout und Druck:

Weibel Druck AG, Windisch

Erscheinungsdaten 2019:

Redaktionsschluss jeweils 15 Tage vorher.

Nr. 1:	7. Januar 2019
Nr. 2:	1. April 2019
Nr. 3:	5. August 2019
Nr. 4:	7. Oktober 2019

Inseratepreise:

1/1 S.	135x180 mm	Fr. 300.–
1/2 S.	135x 88 mm	Fr. 160.–
1/3 S.	135x 58 mm	Fr. 110.–
1/4 S.	43x 88 mm	Fr. 90.–

Zuschlag für 4-farbige Inserate: 50%
Zuschlag für 2. Farbe SVP-Grün: 20%
Wiederholungsrabatt (4x im Jahr): 10%

Der Präsident hat das Wort

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Wiliberg



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde

Als wählerstärkste Partei tragen wir eine grosse Verantwortung im Kanton Aargau. Diese tragen wir selbstverständlich gerne und vollumfänglich.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons haben uns mehrfach an der Urne ihr Vertrauen ausgesprochen. Bei den Nationalratswahlen 2015 erzielten wir 38% Wähleranteil im Kanton Aargau und besetzen damit 7 von 16 Mandaten des Kantons. Im Kanton sind wir im Grossen Rat mit 45 Sitzen vertreten. Mit 31.9% Wähleranteil sind wir auch hier die mit Abstand grösste politische Kraft. Sehr erfreulich war zudem 2016 die Eroberung eines 2. Sitzes im Aargauer Regierungsrat.

Dies ist natürlich grossartig, führt aber auch zu einer grossen

Verantwortung. Die Leute möchten im nächsten Jahr bei den nationalen und 2020 bei den kantonalen Wahlen eine Veränderung sehen, wenn sie uns wählen. Die Bürgerinnen und Bürger wählen uns nicht, dass alles so bleibt, wie es ist. Zu gross ist heute die Unzufriedenheit mit der Politik. Zu gross ist heute der Unmut über steigende Steuern und Abgaben, über Regulierungen, Bevormundung, Bürokratie und den Mittellinksfilz. Unsere Wähler zählen auf uns, dass wir etwas in die richtige Richtung bewegen. Baustellen gibt es ja genug: Überbordende Bürokratie und ausufernde Staatsfinanzen, explodierende Sozial- und Gesundheitskosten, unkontrollierte Zuwanderung mit all ihren Folgen auf die Arbeitsplätze, auf die Sozialwerke, unsere Kultur und auf unsere Sicherheit. Denn genau diese negativen Konsequenzen der «Willkommenskultur» der letzten Jahre, sei dies im Bereich Asyl oder beim Thema Personenfreizügigkeit, werden von den anderen Parteien ausgeblendet. Gleichzeitig sind die anderen Parteien auch bereit die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz zu opfern, nur um der EU zu gefallen und um auf der internationalen Bühne im Rampenlicht zu stehen. Sie sind bereit die direkte Demokratie aufzugeben, um sich der EU anzunähern. Die anderen Parteien zentralisieren und regulieren lieber, als dass sie die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung

hochhalten würden. Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU ist dabei im Moment die grösste Gefahr. Aber lassen wir uns nicht täuschen. Momentan geht es den anderen Parteien nur darum, diese politische Eingliederung in die EU zu tarnen. Dazu erfinden Sie allerhand wohlklingender Tarnnamen. Juncker redet vom «Freundschaftsvertrag», die CVP von den «Bilateralen III» und die FDP von Marktzugangsabkommen. Alles bedeutet aber dasselbe: Die Aufgabe unserer Selbstbestimmung und Demokratie. Alle diese Tarnnahmen bedeuten eine politische Integration in die EU.

Den gleichen Blindflug gehen die anderen auch bei der Personenfreizügigkeit und in der Asylpolitik. Obwohl die negativen Konsequenzen und Kosten der masslosen Zuwanderung offensichtlich sind, folgen sie lieber der EU aus ideologischen Gründen in den Abgrund. Die freie Zuwanderung ist ein Auslaufmodell. Überall, wo es den Regierungen noch um die Sicherheit geht und um den Erhalt des sozialen Friedens, werden die Zuwanderungsgesetze verschärft. Auch die Ökonomen scheinen langsam zur Vernunft zu kommen. Unser Wohlstand stagniert nachweislich infolge der hohen Zuwanderung. Sozial- und Wirtschaftsmigration ist ein offensichtliches Problem. Der Mythos der Hochqualifizierten und des

Fortsetzung auf Seite 6



Lassen Sie Ihre Fenster & Storen PROFESSIONELL REINIGEN!

Zudem sind wir Spezialisten für:

- + Umzugsreinigung mit Abgabegarantie und Koordination mit Verwaltung
- + Hauswartung, Facility Management und Gartenpflege
- + Unterhaltsreinigung
- + Räumung und Entsorgung
- + Gebäude- und Grundreinigung
- + Reinigungs-Abo für Ihre Wohnung

weitere Infos unter: www.schweizer-reinigung.ch

SCHWEIZER⁺

REINIGUNG

Individuell wie Ihre Räumlichkeiten!

Zwidellen 22, 5070 Frick • Tel. 062 871 17 70
info@schweizer-reinigung.ch • www.schweizer-reinigung.ch



Die Partei des Mittelstandes

Einladung zum

SVP-Kantonalparteitag

Donnerstag, 1. November 2018, 20.00 Uhr,

Küttigen

Turnhalle Schulhaus Dorf (bei Bushaltestelle Kreuz)

Traktanden

1. Begrüssung

2. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 25. November

Eidg. Vorlagen:

1: **Hornkuh-Initiative:** GR Alois Huber

2: **Selbstbestimmungsinitiative:** NR Andreas Glarner

3: **Sozialversicherungsrecht:** GR Clemens Hochreuter

Kant. Vorlagen:

5: **Ständeratswahlrecht:** GR Christoph Riner

4: **Waldinitiative:** Pro: GR Vreni Friker; Contra: „In Anfrage“

3. Verschiedenes

Auf einen interessanten Anlass freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Aargau

Präsident
Thomas Burgherr

Parteisekretär
Pascal Furer

Fachkräftemangels blendet aus, dass mehr als die Hälfte der Zuwanderung nicht in den Arbeitsmarkt erfolgt. Die Ausländeranteile bei der Sozialhilfe, bei der IV, bei den Arbeitslosenversicherungen und den Ergänzungsleistungen reden eine deutliche Sprache. Zudem ist im Asylbereich eine regelrechte Betreuung- und Integrationsindustrie entstanden. Diese Kosten werden in den Gemeinden bald voll zu Buche schlagen und unser Sozialsystem zum Kollaps bringen, wenn wir jetzt nicht handeln. Wir haben dabei als wählerstärkste Partei eine hohe Verantwortung im Kanton und in den Gemeinden. Wir sind den Menschen Erfolge schuldig, sonst werden wir auch nicht wiedergewählt und verlieren unsere Glaubwürdigkeit.

Ein zweiter Faktor für weitere Wahl- und Abstimmungserfolge ist eine aktive und engagierte Partei. Dabei meine ich besonders aktive und lebendige Orts- und Bezirksparteien. Denn ohne

sie sind wir einerseits nicht genug in der Bevölkerung verankert, andererseits sind sie es, die an der Basis die Arbeit machen: mobilisieren, informieren und sich engagieren. Ohne die Lokalparteien wären keine Unterschriftensammlungen möglich, keine Kampagnen und keine Abstimmungserfolge. Das wichtigste ist aber, dass wir ohne die Ortsparteien die wichtigste Ebene unseres Gemeinwesens nicht beeinflussen könnten. Denn die sozialen und kulturellen Spannungen und die finanzpolitische Zeitbombe im Asyl- und Sozialwesen werden die Gemeinden ausbaden müssen. Auf der kommunalen Stufe findet das Leben statt. Der Kampf gegen die Überfremdung und gegen die Willkommenskultur muss in den Gemeinden beginnen, indem wir für unsere Initiativen Unterschriften sammeln, die linke Sozialpolitik bekämpfen, und uns für unsere Schweiz, unsere Kultur und unsere Traditionen, sowie für unsere Unabhängigkeit und die direkte Demokratie

einsetzen. Die Bevölkerung muss auf lokaler Ebene sehen, dass wir es ernst meinen und konkrete Lösungen präsentieren. Die SVP muss mit ihrer Stärke somit einen Gewinn für die Gemeinden, für den Kanton und unser Land sein. Wenn wir mit unseren Regierungs- und Grossräten, sowie mit unseren Einwohner-, Stadt- und Gemeinderäten Verbesserungen für die Bevölkerung erreichen, werden wir auch Ausstrahlung auf andere Kantone haben. Es liegt an uns, an jedem von uns, diese Chance und Verantwortung zu packen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gute Zeit und freue mich auf unser nächstes Zusammentreffen.

Ihr Thomas Burgherr, Parteipräsident

Nein zur Hornkuh-Initiative

von Alois Huber, Grossrat, Wildegg



Mit der Volksinitiative «für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere» (Hornkuh-Initiative) muss das Stimmvolk am 25. Nov. 2018 einmal mehr über eine Agrar-Initiative abstimmen, welche eher emotionale als sachliche Inhalte hat.

Mit der Initiative wird angestrebt, dass der Bund künftig für horntragende Nutztiere eine Direktzahlung ausrichtet. Im Falle einer Zustimmung könnte die Initiative mit einer kleinen Ergänzung des Landwirtschaftsgesetzes und einer Verankerung der Beitragshöhe in der Direktzahlungsverordnung umgesetzt werden. Das Festlegen der Beitragshöhe

läge in der Kompetenz des Bundesrates. Ein Beitrag in der Höhe von 50.– pro Horntragendem Nutztier würde zu Kosten im Umfang von 5–10 Mio. Franken führen. Bei einer Annahme würde dies zu Mittelkürzungen in anderen Bereichen der Direktzahlungen voraussetzen.

Beurteilung der Initiative:

Für die Initiative sprechen folgende Punkte:

- Ein Teil der Konsumenten haben eine positive Einstellung zu Horntragenden Tieren. Die Initiative würde eventuell einen Anreiz zur Haltung von Horntragenden Tieren geben und das positive Bild der Schweizer Landwirtschaft stärken.
- Die Haltung von Horntragenden Tieren erfordert in Laufställen einen höheren Platzbedarf. Mit der Initiative würden die Mehrkosten abgedeckt.

Gegen die Initiative sprechen folgende Punkte.

- Das Anliegen hat keinen Verfassungscharakter. Es ist nicht stufengerecht, eine Direktzahlungsart in der Verfassung zu verankern.
- Hörner bergen ein Verletzungsrisiko, sowohl für Betreuungspersonal als auch für andere Tiere in der Herde.

Das Tragen oder Nichttragen von Hörnern bei unseren Nutztieren ist sehr emotional und auch in Landwirtschaftskreisen sehr umstritten. Je nach Region ist die Bedeutung von Horntragenden Tieren sehr unterschiedlich. Sie sind vor allem in Bergregionen anzutreffen. Im Kanton Aargau werden jedoch nur noch wenige Kühe mit Hörnern gehalten.

Die Initiative ist jedoch zur Ablehnung empfohlen, da sie nicht in die Verfassung gehört und bei einer Annahme das Auslösen von weiteren unnötigen Initiativen begünstigen würde.

Reisen für unvergessliche Erlebnisse.



Das macht Carmäleon Reisen einzigartig: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort. Und eine grosse Auswahl. Lassen Sie sich von unseren Angeboten inspirieren...

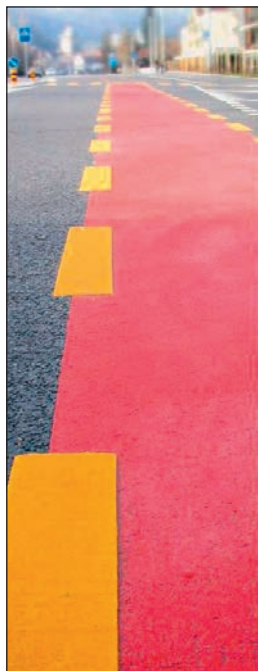
Carmäleon Reisen AG

CH-5332 Rekingen, Telefon +41 56 298 11 11
www.carmaleon.ch



CARMÄLEON REISEN

Ganz und Car individuell



ROBERIT

LABOSIM | KLOSE-VITAL

Markierung & Signalisation

Markierung und Signalisation seit 1948

Kontakt:

0848 018 018

www.roberit.ch • info@roberit.ch

ROBERIT AG

Standorte:

Windisch AG • Ballwil LU • Lausanne VD • Liestal BL • Münsingen BE

... dort, wo Sicherheit zählt

Schweizer Recht statt fremde Richter – JA zur Selbstbestimmungsinitiative

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Damit sind wir sehr gut gefahren. Unsere freiheitliche Ordnung, aber auch unser Sozialstaat ist auf dieser Grundlage entstanden, nicht durch eine Anbindung an internationale Organisationen und ausländische Gerichte. Diese bewährte Ordnung garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit auch eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind jedoch bedroht:

- Politiker, Beamte und Professoren wollen, dass das Schweizer Volk nicht mehr das letzte Wort hat. Sie möchten die Volksrechte einschränken
- Sie stellen sich mehr und mehr auf den Standpunkt, dass fremdes Recht, fremde Richter und Gerichte mehr zählen als das von Volk und Ständen bestimmte Schweizer Recht.
- Der Bundesrat, die anderen politischen Parteien, das Bundesgericht sowie die Classe politique stufen die Bestimmungen des interna-

tionalen Rechts (Völkerrecht) höher ein als jene in unserer Verfassung.

Die Folgen für uns Schweizer:

Rechtssicherheit und Stabilität werden in Frage gestellt. Volksentscheide werden nicht mehr respektiert. Die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz wird unterlaufen. Volk und Stände haben beispielsweise der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf internationales Recht (Völkerrecht). Kriminelle Ausländer bleiben so in unserem Land und können hier weiter ihr Unwesen treiben. Und es wandern weiterhin netto 80'000 Personen jährlich in unser Land ein. Selbsternannte Eliten und die Classe politique wollen zudem, dass die Schweiz in Zukunft dynamisch und zwingend das Recht der Europäischen Union (EU) übernimmt, und dass der Gerichtshof der EU in Brüssel zum höchsten Gericht wird bei Streitfällen zwischen der Schweiz und der EU. Das Schweizer Volk würde entmachtet. Das Volk und die Kantone wären nur noch auf dem Papier der Souverän. Damit würden wir unsere Selbstbestimmung aufgeben. Das gilt es zu vermeiden. Entscheide von Volk und Ständen müssen in unserem Land mehr Gewicht

haben als internationales Recht.

Die Selbstbestimmungsinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» will deshalb:

- Rechtssicherheit und Stabilität, indem das Verhältnis zwischen Landesrecht und internationalem Recht geklärt wird;
- die Selbstbestimmung der Schweizerinnen und Schweizer und damit die weltweit einzigartige direkte Demokratie bewahren;
- dass das Schweizer Recht unsere oberste Rechtsquelle sein soll;
- dass Volk und Stände unser Recht bestimmen und nicht Beamte und Professoren;
- dass unser Recht demokratisch geschaffen wird (durch das Volk und die Kantone oder durch das Parlament) statt von Beamten, Funktionären und Richtern in internationalen Organisationen und an ausländischen Gerichten;
- dass Volksentscheide ohne Wenn und Aber umgesetzt werden und zwar egal, ob der Entscheid der «Elite» in Bundesbern passt oder nicht;
- eine eigenständige Wahrung der Menschen- und Grundrechte;
- einen schleichenden EU-Beitritt und die Abgabe unserer Souveränität an die EU verhindern;

Fortsetzung auf Seite 10

- eine automatische («dynamische») Übernahme von EU-Recht und internationalem Recht (Völkerrecht) verhindern;
 - die Unabhängigkeit bewahren und damit Freiheit und Wohlstand sichern;
 - wirtschaftlichen Erfolg, Investitionen und Arbeitsplätze, denn Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind die Basis hierfür.
- Deshalb: JA zur Selbstbestimmungsinitiative!

Ja zur Missbrauchsbekämpfung – damit dem Mittelstand mehr zum Leben bleibt

von Clemens Hochreuter, Grossrat und Vizepräsident SVP Aargau, Erlinsbach



Der Schweiz geht es gut. Deshalb können wir uns auch ein gut ausgebautes Sozialsystem leisten, das schwachen Personen helfen soll. Doch gut ausgestattete Sozialwerke und grosszügige Leistungen, bergen die Gefahr, dass Betrüger sich aufmachen um missbräuchlich Sozialversicherungsgelder zu beziehen. Diese Missbrauchsfahr besteht namentlich bei der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und den weiteren Sozialversicherungen, weshalb die Anpassungen des Bundesgesetzes zum Sozialversicherungsrecht (ATSG) wichtig und notwendig sind.

Rückblende: Am 16. Oktober 2016 rügte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz dafür, dass sie im Bereich der Unfallversicherung mittels Observationen

den Missbrauch zu verhindern versuchte. Aus der Sicht des EGMR fehlte eine klare und detaillierte gesetzliche Grundlage für diese Observationen. Ohne Not entschied das Bundesgericht am 14. Juli 2017, dass auch die IV nicht genügende gesetzliche Grundlagen habe um Observationen vorzunehmen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen wies anschliessend die IV-Stellen an Observationen zu unterlassen. Sie stellen leicht fest, dass unser Bundesgericht erneut vor dem Völkerrecht einknickte. Wegen des Urteils mussten die IV und die Unfallversicherer die Beobachtungen, welche vorher 12 Jahre unbestritten waren und zahlreiche Versicherungsbetrüger entlarvte, einstellen. Mit der heute zur Diskussion stehenden Vorlage sollen Observationen wieder ermöglicht und die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden.

Leider haben linke Gruppierungen rund um die Autorin Sibylle Berg das Referendum ergriffen und verzögern die Umsetzung griffiger Gesetze. In der Zwischenzeit herrscht ein Eldorado für Sozialschmarotzer! Die Gegner der Vorlage befürchten, dass die Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird und die Privatsphäre verletzt würde. Solche Befürchtungen sind unbegründet. Ich selber sehe Jahr für Jahr im Grossen Rat, dass namentlich im Kanton Aargau

die Sozialversicherungsanstalt, kurz SVA, bis Mitte letzten Jahres sehr sorgfältig mit der Möglichkeit von Observationen umging. Observationen und konsequentes Vorgehen gegen missbräuchliche Leistungsbezüge erhöhen das Vertrauen in die zugesprochenen Leistungen, schreibt die SVA in ihrem Jahresbericht 2017 und hält weiter fest, dass nur bei begründetem Verdacht Detektive eingesetzt werden. Im Jahr 2017 waren rund 15'102 Personen IV-Rentnerinnen und Rentner im Aargau wohnhaft. Im Jahr 2016 wurden lediglich 25 Beobachtungen durchgeführt und im Jahr 2017 bis zum Stopp Mitte Jahr bloss acht. Von einem Generalverdacht und flächendeckender Detektivarbeit kann nicht die Rede sein. Immerhin wurden im Jahr 2016 34 Renten aufgehoben und hypothetische Einsparungen von 16 Mio. CHF erzielt und im Jahr 2017 mit 41 Rentenaufhebungen rund 15.2 Mio. CHF eingespart. Hochgerechnet auf die Schweiz werden immerhin rund sechs Prozent der ausbezahlten Leistungen missbräuchlich bezogen; ein Milliardenmarkt für Versicherungsbetrug! Druck auf Versicherungsbetrüger ist zwingend notwendig, stellt das Vertrauen in die Sozialversicherungen her und garantiert, dass die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler sowie

Fortsetzung auf Seite 12

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht die geprellten sind! Der Druck auf Versicherungsbetreiber, wie er bisher ausgeübt wurde, ist massvoll, gezielt und verhältnismässig! Es gibt keinen Grund von der bisherigen Praxis abzuweichen und den Sozialbetrügern Tür und Tor zu öffnen – selbst viele linke Politiker bestätigen dies hinter vorgehaltener Hand.

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur konkreten Umsetzung bereits eröffnet und ermöglicht somit eine Einschätzung wie er das Gesetz anwen-

den will. Die Anforderungen an Observationen bleiben hoch. Versicherungsdetektive benötigen eine Bewilligung, die entsprechenden Rechtskenntnisse, eine Polizeiausbildung oder gleichwertige Ausbildung und dürfen selbstredend nicht selber in Konkurs sein oder gepfändet werden. Zuständig für die Erteilung der Bewilligung wäre das Bundesamt für Sozialversicherung BSV. Angedacht ist, dass Detektive in ein öffentliches Register eingetragen werden. Von Beobachtungen betroffene Personen müssen laut Gesetz

nachträglich über die Observation informiert werden, erhalten Einsicht in die Dokumente und haben somit die Möglichkeit die Rechtmässigkeit von einem Gericht überprüfen zu lassen. Sie sehen, dass den Sozialversicherungen noch genügend Hindernisse in die Wege gelegt werden und sie nicht unbegründet Observationen anordnen können. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Vorlage zu unterstützen und der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten zuzustimmen. Danke!

Nein zur teuren Wald-Initiative

von Jeanine Glarner, Grossrätin und Gemeinderätin FDP, Wildegg



Die Initiative «JA! für euse Wald» verlangt einen im Waldgesetz fixierten Mindestbetrag von 25 Franken pro Kantonseinwohner pro Jahr als Entschädigung für die vielfältigen Leistungen, die im Wald erbracht werden. Diese Initiative ist finanzpolitisch nicht verantwortbar, verteilt Geld mit der Giesskanne und zementiert ineffiziente Strukturen. Zudem ist das ursprüngliche Anliegen bereits erfüllt. Der Regierungsrat und Grosser Rat (86:32) lehnen die Initiative ab. Stimmen auch Sie am 25. November 2018 NEIN!

Die Wald-Initiative würde den Kanton 16 Mio. Franken pro Jahr, also 12 Mio. Franken mehr als bisher, oder 1 zusätzliches Steuerprozent kosten. Bei einem strukturellen Defizit von 150 Mio. Franken pro Jahr ist der Ausbau von

Staatsaufgaben und gesetzlich gebundenen Ausgaben schlicht nicht verantwortbar.

Die gesetzliche Regelung hat zur Folge, dass im Kantonsbudget mindestens 16 Mio. Franken für den Wald reserviert bleiben müssen. Selbst wenn das Geld gar nicht gebraucht wird, kann der Grosse Rat darüber nicht verfügen. Dadurch werden 16 Mio. Franken pro Jahr der Steuerung durch den Grossen Rat entzogen.

Keine Geldverteilung mit der Giesskanne

178 der 317 öffentlichen Waldeigentümer sind Ortsbürgergemeinden. Früher konnte mit der Waldwirtschaft gutes Geld verdient werden, womit die Ortsbürgergemeinden den Forstreservofonds anhäufen konnten. Warum sollen die Ortsbürgergemeinden in schwierigeren Zeiten nicht von diesem Vermögen leben?

Knapp die Hälfte aller Ortsbürgergemeinden haben ein Vermögen von mindestens 500'000 Franken. Bei Annahme der Initiative könnten alle Ortsbürgergemeinden über Leistungsverträge beim Kanton Geld abholen. Auch dann, wenn sie eigentlich über eine bestens gefüllte Kasse verfügen. Das ist Geldverteilung mit der Giesskanne.

Keine Zementierung von ineffizienten Strukturen

Viele Forstbetriebe sind zu klein und personell zu stark besetzt. Einige Waldeigentümer haben daher noch Hausaufgaben zu lösen und ihre Forstbetriebe effi-

enter aufzustellen. Mit einer Subventionierung mit der Giesskanne nimmt der Druck ab, an den Strukturen der Forstbetriebe etwas zu ändern, was schliesslich zu einer Zementierung ineffizienter Strukturen führt.

Lösung vor Ort ist effizienter

Sind hingegen – wie bisher – die Einwohnergemeinden zuständig, so werden sie Beiträge an den Wald entrichten, falls die Ortsbürgergemeinden ihren Aufgaben nachkommen, einen effizienten Forstbetrieb haben und ihre Waldwirtschaft nach betriebswirtschaftlichen Kriterien führen. Die Gemeinden vor Ort können diese Aufgabe wirkungsvoller und effizienter regeln als der Kanton, was zu besseren Lösungen führt. Genau dies erfolgt bereits heute in zahlreichen Gemeinden.

Ursprüngliches Anliegen ist erfüllt

Die Initiative hat ihren Ursprung in der Nichtumsetzung von zwei parlamentarischen Vorstössen aus den Reihen der Förster. Der Kanton Aargau soll die hoheitlichen Aufsichts-, Vollzugs- und Kontrollaufgaben kostendeckend entschädigen. Der Grosse Rat ist ebenso dieser Meinung und hat einstimmig beschlossen, dass diese Aufgaben ab 2019 kostendeckend zu entschädigen sind und der Regierungsrat hierfür maximal 2.5 Millionen Franken in das Budget einstellen muss. Das ursprüngliche Anliegen der Förster und Waldeigentümer ist damit erfüllt.

Hinweis: Die SVP Fraktion lehnte die Initiative im Grossen Rat mit 31 : 6 Stimmen ab.



**«Die Verantwortung für
den Wald mit finanziellen
Ausreden verweigern, ist eine
unverantwortliche Haltung
gegenüber kommenden
Generationen.»**

Infos auf: www.jafuereusewald.ch

Für ein Ja am 25. November engagieren sich der Aargauer Försterverband und WaldAargau (Verband der Waldeigentümer) sowie walddnahe Organisationen. Die Ja-Parole beschlossen haben der Vorstand Bauernverband Aargau, der Vorstand Jagd Aargau, der Ortsbürgerverband Aargau und BirdLife Aargau. Unterstützer sind Walddnutzer: Erholungssuchende, Spaziergänger, Wanderer, Familien, Jogger, Biker, Reiter, Jäger, Pilze- und Beerensammler, Orientierungsläufer, Waldspielgruppen, ...

Unser Wald braucht Unterstützung

von Vreni Friker-Kaspar, Grossrätin, Präsidentin WaldAargau, Oberentfelden



Der Holzerlös deckt den Aufwand nicht

Unsere Forstwirtschaft bewirtschaftet den Wald nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit. Strenge gesetzliche Rahmenbedingungen und hohe Produktionskosten sind Gründe, weshalb Schweizer Holz im globalisierten Holzmarkt finanziell unter Druck steht. Tatsache ist: Seit den 90er-Jahren hat sich der Holzerlös in der Schweiz halbiert. Trotz massiven Optimierungsmassnahmen wie dem Abbau von 50% der Stellen in den letzten 20 Jahren, der Zusammenlegung von Forstrevieren, der Rückstellung von Investitionen usw. ist die grosse Mehrheit der Forstbetriebe seit Jahren defizitär.

Der Wald ist unsere grüne Lunge, er filtert in seinen Böden fast die Hälfte unseres Trinkwassers und ist Heimat für rund 25'000

Tier- und Pflanzenarten. Andererseits ist der Wald öffentlicher Raum – er ist per Gesetz für die Bevölkerung jederzeit frei zugänglich. Durch die stark wachsende Bevölkerungszahl im Aargau steigt der Druck auf den Wald. Die Ansprüche und damit die Aufwendungen für Waldpflege, Unterhalt und Aufsicht steigen fortwährend. Von der grossen Mehrheit der Waldeigentümer können diese Kosten nicht mehr mit dem Holzerlös erwirtschaftet werden.

Was will die Initiative?

Der Kantonsbeitrag für Leistungen zugunsten des Waldes soll von 5 auf 16 Mio. Franken erhöht werden. Das entspricht total 0,3% des Staatsbudgets für 35% der Kantonsfläche! Nach Einschätzung des Initiativkomitees

Der Aargauische Försterverband und WaldAargau, der Verband der Waldeigentümer, haben am 14. Februar 2017 die Volksinitiative «JA! für euse Wald» mit rekordverdächtigen **10'568 gültigen Unterschriften** bei der Staatskanzlei eingereicht.

Fortsetzung auf Seite 17

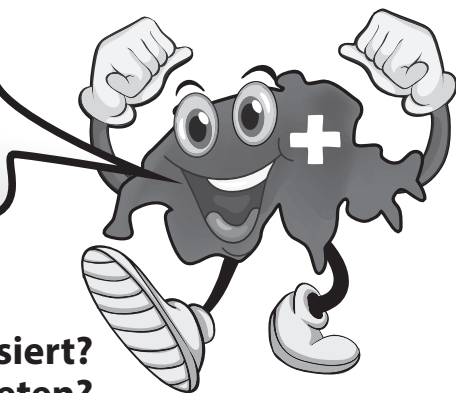
**BURGHERR
MOOSERSÄGE AG**
HOLZBAU + HOLZHANDEL
6260 HINTERMOOS

Tel 062 758 12 09 Fax 062 758 30 16
www.burgherrag.ch info@burgherrag.ch

- Beratung / Holzbauplanung
- Dachkonstruktionen
- Landwirtschaftliche Bauten
- Innenausbau / Parkettböden
- Altbausanierungen
- Treppenbau

- Ausführungen von Zimmerarbeiten
- Lieferung von Schnittholz und Baumaterial
- Auf Wunsch schneiden wir Ihre Hölzer zu

«Seit 1986 für
die Freiheit im
Einsatz»



**Interessiert?
Beitreten?**

Nehmen Sie
Kontakt auf:

Tel: 031 356 27 27
info@auns.ch
www.auns.ch

**AUNS
ASIN
ASNI**



Lüpold AG
5103 Möriken



Der kompetente Fachbetrieb für:

- Kanalreinigung
- Ablaufentstopfung
- Kanalfernsehen
- Strassenreinigung
- Schachtentleerung
- Spezialsaugarbeiten
- Entsorgung von
Sonderabfällen

Es suberi Sach!



**E zuekonftsorientierti
Firma....**

**..... unterstützt e
zuekonftsorientierti Politik**

Tel. 0628 870 870 www.luepold.ch

tees kann der Kanton das Begehren mit vorhandenen finanziellen und personellen Mitteln umsetzen – ohne Steuererhöhung.

Das Geld soll ausschliesslich dem Wald nützen. Geld fliesst nur, wenn zweckgebundene Leistungen in Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton geregelt sind. Mit der Initiative soll die Zukunft des Waldes als nachhaltiger Wirtschafts-, Natur- und Lebensraum gesichert werden.

Der «Waldkanton» Aargau hat Nachholbedarf

Der Wald soll von der Bevölkerung auch in Zukunft gratis als Freizeit- und Erholungsraum benutzt werden können. Der Kanton ist mitverantwortlich, dass die Vitalität unseres Waldes erhalten bleibt. Hier hat der

Kanton Aargau Nachholbedarf. Die BAK-Studie, die im Auftrag der Abteilung Finanzen des Kantons Aargau erstellt wurde, zeigt auf, dass die von der Struktur her vergleichbaren Kantone, mit Ausnahme des Kantons Jura, zum Teil massiv höhere Beiträge für ihren Wald entrichten.

Breite Unterstützung für die Ja-Kampagne

Neben dem Aargauer Försterverband und WaldAargau, Verband der Waldeigentümer, engagieren sich waldnahe Organisationen für ein Ja am 25. November. Bereits die Ja-Parole beschlossen haben:

- Vorstand Bauernverband Aargau,
- Vorstand Jagd Aargau,
- Ortsbürgerverband Aargau,
- BirdLife Aargau.

Zudem darf das Initiativkomitee auf die Unterstützung der vielen Waldnutzer zählen.

Weitere Infos finden Sie auf: www.jafuereusewald.ch.

Ein JA für die Initiative «JA! für euse Wald» ist ein

- ✓ **JA für unseren Erholungsraum**
- ✓ **JA für unsere Natur**
- ✓ **JA für einheimisches Holz**

Wir haben die Erde nicht von unseren Vorfahren geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.

Hinweis:

Gerne drucken wir auch Ihre eingesandten Texte ab, sofern es die Platzverhältnisse erlauben.

Texte mailen an pascal.furer@svp-ag.ch

ISOTECH

Aargau AG

Isotech Aargau AG
Hauptstrasse 26
5502 Hunzenschwil
Tel 062 824 58 51
Fax 062 822 08 70
aaarau@isotech.ch
www.isotech.ch

WIR FUGEN, DICHTEN UND BESCHICHTEN

Fugendichtungen

Brandabschottungen

Flüssigkunststoffe

Mapeband / Combiflexband

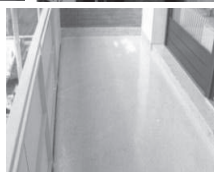
Injektionen / Bauwerksverstärkungen

Dichtbänder im Fassadenbau

Sanierung von PCB Schadstoff - Fugen

Eigene Raupenhebebühne bis 14 m

Industriekletterer Fassadensanierung ohne Gerüst



*Dicht am Bau,
seit 50 Jahren*



Isotech Aargau AG
Abt. Hochstrasser Baukeramik
Hauptstrasse 26
5502 Hunzenschwil



**IHR
PLATTENSPEZIALIST**

Keramische Wand- und Bodenbeläge

Natursteinarbeiten



Nein zur Verfassungsänderung des Kantons Aargau – Ständeratswahlrecht für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

von Christoph Riner, Grossrat und Bezirksparteipräsident, Zeihen



Im Jahr 2017 ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO) mit dem Anliegen an den Regierungsrat des Kantons Aargau herangetreten, den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern solle die Teilnahme an den Ständeratswahlen ermöglicht werden. Im

Aargau sind heute rund 9300 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer registriert, welche an eidgenössischen Abstimmungen und an den Nationalratswahlen teilnehmen können. Begründet wurde das Anliegen der Auslandschweizer-Organisation unter anderem mit der Zunahme der internationalen Mobilität. Dies wirke sich entsprechend auf die Migration aus. Der Regierungsrat entschied, das Anliegen aufzunehmen und erarbeitete eine entsprechende Vorlage. Die 1. Beratung fand am 6. März 2018 statt und am 28. August 2018 wurde die Vorlage in 2. Beratung von einer Mehrheit des Grossen Rates genehmigt. Die SVP hat die Vorlage als einzige Fraktion einstimmig abgelehnt.

Im Gegensatz zum Nationalrat, welcher schon heute auch

durch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gewählt wird, repräsentiert der Ständerat die Kantone. Ein Ständerat benötigt daher aus meiner Sicht auch den engen Kontakt und die Nähe zum Kanton. Daher soll das aktive und passive Wahlrecht Stimmberechtigten vorbehalten bleiben, welche im Kanton Aargau wohnhaft sind. Im Weiteren führen die Anpassungen auch zu einer finanziellen Mehrbelastung des Kantons Aargau. Ein schweizweiter Vergleich zeigt, dass in der Mehrheit der Kantone Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer kein Wahlrecht für den Ständerat besitzen.

Verschiedentlich versuchen Befürworter der Vorlage die Angelegenheit zu einer Sympathieabstimmung über Ausland-

Fortsetzung auf Seite 21



**Besuchen Sie
unsere Ausstellung!**

5053 Staffelbach • Tel. 062 739 16 16 • www.hauriag.ch

Gebr. Maurer Automobile GmbH

Tel. 062 897 21 21 • Bahnhofmatten 2 • 5502 Hunzenschwil



Auszug aus dem Tätigkeitsbereich

- Verkauf, Service und Reparaturen von Personenwagen und Nutzfahrzeugen
- Abgaswartung von Dieselmotoren
- Neu: Elektronische Lenkgeometrie-Vermessung
- Bus, Lieferwagen- und Personenwagenvermietung
- Fahrzeug- und Transportkühlanlagenbau
- Langjährige Mitarbeiter bieten hohen Wissensstand
- Profitieren Sie von unserer Vielseitigkeit!

«Ganz in Ihrer Nähe»

schweizerinnen und Auslandsschweizer zu machen. Doch dies ist falsch. Ich persönlich hege grosse Sympathien für unsere Auslandschweizer. Viele Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer tragen wirklich sehr viel Schweiz in ihren Herzen, teilweise mehr als gewisse hier lebende Schweizer. Sie wehren sich gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU. Sie stehen ein für unsere Unabhängigkeit, Neutralität und Freiheit. Mit Freude feiern sie auch unseren Nationalfeiertag. Doch um diese Gegebenheiten geht

es bei der kommenden Abstimmung vom 25. November 2018 nicht. Es geht rein um die Sache, um die Verfassungsänderung des Kantons Aargau.

Ein weiteres Pro-Argument lautet, die Chance sei klein, dass ein Auslandschweizer, welcher schon lange im Ausland lebt, zum Ständerat gewählt wird. Daher kann man der Vorlage problemlos zustimmen. Dieser Aussage muss man entgegen treten. Es kann doch nicht sein, dass wir in Zukunft Vorlagen erarbeiten und diesen noch

zustimmen, in der Annahme oder Hoffnung, dass diese dann sowieso nicht zum Tragen kommen. Was für ein Signal versendet man mit solch einer Haltung gegenüber unserer Demokratie?

Aus obgenannten Gründen empfehle ich am 25. November 2018 ein Nein zur Verfassungsänderung des Kantons Aargau (Ständeratswahlrecht für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer).



Wir bürgen für Aargauer Qualitätsweine

Peter Wehrli

Reb- und Weinbau
5024 Küttigen
Tel. 062 827 22 75
Fax 062 827 00 17
wehrli-weinbau@bluewin.ch
www.wehrli-weinbau.ch

Weingut Lindenmann

Brestenberger Weine
5707 Seengen
Tel. 062 777 14 26
Fax 062 777 14 66
info@weingut-lindenmann.ch
www.weingut-lindenmann.ch

Weingut Alter Berg

Michael Deppeler
5306 Tegerfelden
Tel. 056 245 30 75
Fax 056 245 52 75
info@weingut-alter-berg.ch
www.weingut-alter-berg.ch

GLOBAL präsent
LOKAL verankert



FINDEN SIE IHREN JOB BEI UNS | www.bertschi.com

Auf Wasser, Schiene und Strasse
Intermodale Logistik seit 1956

BERTSCHI

SVP Frauen Anlass mit dem Thema Islamisierung war ein voller Erfolg

von Stefanie Heimgartner, Grossrätin, Präsident SVP Frauen Aargau, Baden



lung und den Einfluss des Islams auf die Schweiz. Nach dem Referat fand zum allerersten Mal bei einem SVP Frauen Anlass eine parteiübergreifende Diskussion über den Islam statt. Zu Gast waren Marianne Binder (CVP), Martina Bircher (SVP), Alime Köseciogullari (SP) und Maja Riniker (FDP). Das Publikum konnte sich ebenfalls immer wieder in die Debatte mit einschalten. Verschiedene Fragen wurden dabei gestellt. Gehört der

Islam zur Schweiz? Braucht es ein Burkaverbot? Was waren die Konsequenzen des Minarettverbotes? Welchen Einfluss hat der Islam auf den Schulunterricht oder braucht es sogar eigene Kindergärten? In der Frauenrunde wurde insbesondere das Thema Islam und deren Einstellung zu Frauen heiss diskutiert. Danach fand wie immer ein Apéro mit Speckzopf statt – für die islamischen Gäste gab es Olivenzopf als Alternative.

Pirmin Müller, Islamkritiker und SVP Kantonsrat Kanton Luzern referierte am 6. September in Lenzburg zum Thema «Islamisierung» in Europa und der Schweiz. Müller ist Katholik und steht für eine christlich-abendländische Gesellschaft. Ausserdem ist er Petitionär von «Kreuz bleibt». In seinem Referat ging er auf drei Punkte ein. Erstens erklärte er die Religion des Islams sowie die Unterscheidung zum politischen Islam. Zweitens ging er der These nach, ob der Islam wie eine Kirche mit Sichel sei. Und drittens zeigte er die Entwick-



Weizen- und Spezialmühle Getreidesammelstelle



Knecht Mühle AG
Oberdorf 123
5325 Leibstadt
Tel. 056 247 11 44
info@knechtmuehle.ch
www.knechtmuehle.ch



Eine gute Wahl:
Hansjörg Knecht



Ein «Körnchen» besser.

Blocks
Broschüren
Bücher
Dokumappen
Festführer
Flyer
Garnituren
Geschäftspapiere
Glückwunschkarten
Kataloge
Kundenstopper
Kuverts
Kuvertierung
Lettershop
Personalisierung
Plakate
Prospekte
Tischsets
Trauerdrucksachen



5330 Bad Zurzach • Tel. 056 249 12 22 • oeschgerdruck.ch



*...bringt Ideen aufs Papier
im Offset- und Digitaldruck*

**«Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende.
Besten Dank!»**

[illegible]

Ihre Unterstützung schafft Mehrwert für den Aargau!

JSVP Aargau

Einladung zur Mitgliederversammlung der Jungen SVP Aargau vom 25. Oktober 2018

Beginn der Versammlung: 20:00 Uhr

Beginn der Führung im Axporama: 19:00 Uhr

Lokalität

Axporama

Schlossweg 16

5315 Böttstein

Themen:

- Fassung der Parolen für die Abstimmungen vom 25. November 2018
- Informationen zu den Nationalratswahlen 2019

Wir bitten um eine Anmeldung unter: www.jsvp-aargau.ch/mv



www.jsvp-aargau.ch



«Autos – mehr als nur altes Blech»

von Milly Stöckli, Grossrätin, Presseverantwortliche «Bürgerliche 100», Muri



Für einmal ein Anlass für jene, deren Herz höherschlägt, beim Anblick klassischer Autos!

Und so war es dann auch. Schon fast eine rekordverdächtige Anzahl Interessierter folgte der Einladung der Bürgerlichen 100 ins Classic Center von Emil Frey nach Safenwil. Nach der Begrüssung durch unseren Präsidenten, Adrian Schmitter,

konnte mit der Besichtigung im Classic Center gestartet werden. In den stimmungsvollen Hallen der ehemaligen Textilfabrik sind auf einer Fläche von über 1500 Quadratmetern permanent 50 bis 60 automobile Schätze aus der Emil Frey Sammlung ausgestellt.

Die Autoenthusiasten der 1924 gegründeten Emil Frey AG begannen historisch interessante Fahrzeuge zu sammeln mit dem Ziel, das wertvolle Kulturgut auf vier Rädern zu pflegen und für die Nachwelt zu erhalten. Im Mittelpunkt stehen chrom- und lackglänzende Sammler- und Liebhaberfahrzeuge aus der Nachkriegszeit bis in die Achtzigerjahre, vorwiegend englischer und japanischer Herkunft. Raritäten wie der Aston Martin DB Mk III oder moderne Klassiker wie der Toyota Celica GT4 Turbo haben so manches Herz der Besucherinnen und Besucher aus vergangenen Jahren, träumen lassen.

Schliesslich durften wir uns im edel eingerichteten und gemütlichen Clubraum, zuoberst im Dachgeschoss, mit einem wunderbaren Nachtessen verwöhnen lassen. Als Nationalrat Thomas Burgherr, direkt aus Bern angereist, das Wort ergriff, waren alle gespannt, was er zur AHV-Debatte zu sagen hatte. Wie immer war es hochinteressant, die Informationen aus erster Hand zu erfahren.

Wer Lust hatte, konnte sich nach dem genussvollen Essen noch in die stilvolle Smoker-Lounge zurückziehen.

Ein ganz herzlicher Dank geht an Jörg Hunn für die Organisation des gelungenen Anlasses.

Tel. 056/441 61 85
info@werthmueller.ch
www.werthmueller.ch
Letzistrasse 16
5213 Villnachern



**Mit Werthmüller gebaut,
das haut!**

WAS WANN WO

Überblick über die Veranstaltungen und Anlässe in den Bezirken und Sektionen der SVP Aargau

Politapéro mit Sessionsrückblick **16.10.2018, 19:00**

Pferdepension Rüttimann, Dorfstrasse 26, Jön

Mit NR Andreas Glarner

Herbstanlass der SVP-Seniorinnen und -Senioren

18.10.2018, 13:30

Frau Regierungsrätin Franziska Roth referiert über das Gesundheitswesen

Gasthof Schützen, Aarau

Blick-Anlass zur Selbstbestimmungsinitiative

31.10.2018, 18:30

Mit NR Magdalena Martullo

Bärensaal Suhr

Kantonalparteitag

01.11.2018

Kantonalparteitag

SVP Jassen

11.11.2018

Rössli, Eiken

Bezirksparteitag SVP Bezirk Laufenburg

13.11.2018

Restaurant Feldschlösschen, Hornussen

Abstimmung

25.11.2018

Abstimmung

Politapéro mit Sessionsrückblick **15.12.2018, 11:00**

Gasthof Adler, 5413 Birmenstorf

Badenerstrasse 8

Politapéro mit Sessionsrückblick **17.12.2018, 19:30**

Gasthof Schützen, Aarau

Kantonalvorstandssitzung

19.12.2018

Kantonalvorstandssitzung

Nominationsparteitag

23.01.2019

in Rothrist

Jubiläumsfeier 100 Jahre SVP Windisch

29.03.2019

Mit NR Adrian Amstutz

Dorfturnhalle Windisch

SVP Windisch

Kantonalparteitag

10.04.2019

Kantonalparteitag

100 Jahre SVP Bezirk Kulm **23.08.2019**

Mit aBR Christoph Blocher

Saalbau Reinach.

Kantonalparteitag

23.10.2019

Kantonalparteitag

Kantonalvorstandssitzung **05.12.2019**

Kantonalvorstandssitzung

«MIT UNS KÖNNEN SIE
DIE VIELFALT
DER DRUCKMEDIEN
RICHTIG NUTZEN»



Weibel
Text Bild Druck
TRADITIONELL FRISCH
UND VIELSEITIG EDEL



Weibel Druck AG | Aumattstrasse 3 | Telefon 056 460 90 60 | info@weibeldruck.ch
5210 Windisch | Fax 056 460 90 65 | www.weibeldruck.ch